



Helmut Landsiedel  
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke  
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen  
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner  
Ratsherr

## Presseinformation

Nr.117/2011 Kiel, 24. November 2011

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Verwaltung 2020

### **Konkrete Wege zur Umsetzung werden nicht aufgezeigt**

Der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, sagte in der heutigen Sitzung der Ratsversammlung in der Debatte zu TOP 7.2 „Verwaltung 2020“:

„Der OB wendet sich nach nunmehr zweieinhalbjähriger Amtszeit einem aus Sicht der FDP-Fraktion sehr wichtigem Thema zu und kommt zu der Erkenntnis, dass es „keine erfolgreiche kommunale Haushaltskonsolidierung geben kann, bei der nicht im großen Maße die Personalkosten gesenkt werden müssten“. Hierzu kann man dem OB nur gratulieren – aber diese Erkenntnis ist nicht neu – und dazu liegen von der FDP-Fraktion Anträge und Kleine Anfragen vor.

Beim Lesen der ersten Seiten war dennoch bei mir die Freude groß: Jawohl, da hat endlich einer auch einmal für Kiel das aufgeschrieben, was zwar andere Kommunen schon mindestens fünfzigmal aufgeschrieben haben und was Gutachter zur Kommunalreform sicherlich schon hundertmal festgestellt haben – aber endlich schreibt es auch ein Kieler Oberbürgermeister – und das ist schon mal ein wichtiger erster Schritt – wenn auch inhaltlich nichts Neues!

Dass sich der OB jetzt, einem halben Jahr vor der Landtagswahl, wo er nach eigener Zielsetzung Ministerpräsident werden will, diesem Thema zuwendet, ist schon auffällig – warum hat er das nicht früher getan? Ein Schelm, der dabei etwas Schlechtes denkt – aber es ist nun einmal eine Tatsache, dass die Umsetzung dieser Vorlage nicht mehr auf der Agenda unseres OB steht.

Die in der Geschäftlichen Mitteilung vorgenommene Analyse und Differenzierung der städtischen Leistungen zur Sicherstellung der notwendigen „Daseinsfürsorge“ ist ein erster, richtiger Schritt, um Leistungen herauszufiltern, die vor Ort zu erbringen sind und in Leistungen, die unabhängig hinsichtlich des Ortes der Leistungserstellung sind und somit auch außerhalb Kiels erbracht werden können – beispielsweise in Kooperation mit anderen Kommunen.

Sich darüber hinaus einmal den Personalbestand der LH Kiel anzusehen, die altersbedingten Abgänge und die übliche Fluktuation, ist sicherlich ebenfalls richtig. Hier

hat man ein Fluktuationspotenzial von etwa 800 Stellen ermittelt, das zu einem Einsparpotential von rund 400 Stellen (und damit 17 Mio. €) bis 2020 führen könnte. Bis dahin alles gut und schön – und zu den ersten sechs Seiten kann man nur sagen: Ok, erster Schritt – aber beileibe keine Neuheiten.

Auf Seite sieben kommen nun die Handlungsfelder und auf Seite acht wird ein kurzfristiges Vorgehen beschrieben. Waren die ersten sechs Seiten schon mager, so werden die letzten zwei Seiten zur Zumutung. Die aufgeführten 10 Handlungsfelder bleiben dermaßen allgemein und sind so abstrakt, dass das auf einer halben Seite beschriebene Ergebnis, ein Sparpotential von 400 Planstellen sei möglich, in keinerlei Weise nachvollziehbar begründet wird. Hier hat man wohl einen Blick in die berühmte Glaskugel geworfen und ein überirdisches Wesen hat dann wohl die Zahl 400 geflüstert.

Doch wie soll ein zukunftsorientiertes Konzept Verwaltung 2020 glaubhaft sein, wenn auch nicht ansatzweise erkennbar wird, wie man diese Einsparungen erreichen will? Was bedeutet es z.B. wenn dort steht, „GPO – Potential stadtweit mindestens 150 Stellen“?

Die anschließenden Vorschläge für das „kurzfristige weitere Vorgehen“ bieten ebenfalls keine konkreten Vorschläge, wie man zukünftig auf 400 Planstellen verzichten kann. Da soll

- a) das Berichtswesen und Controlling weiter entwickelt werden – verursacht eher mehr Arbeit als weniger.
- b) das bisherige Verfahren bei Stellenplanträgen soll geändert werden – die dazu angekündigte Beschlussvorlage liegt nicht vor
- c) Anträge auf zusätzliche Stellen sollen begründet werden – das gilt bereits jetzt schon
- d) Anträge auf zusätzliche Stellen sollen dem zuständigen Fachausschuss zugeleitet werden – gilt auch heute schon
- e) der Personalbericht soll geändert werden – was bringt das an Einsparung?

Aus Sicht der FDP-Fraktion kann ich nur noch einmal betonen, dass wir froh sind, dass dieses Thema endlich auf dem Tisch liegt und wir werden uns sinnvollen Lösungen nicht verschließen. Gleichsam sind wir enttäuscht über diese Vorlage, die neben längst bekannten Erkenntnissen keine konkreten Wege zur Umsetzung aufzeigt.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer